

# Parteipositionen zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion im 19. Deutschen Bundestag

Andreas Wimmel\*

*On 6 December 2017, the European Commission presented a roadmap to develop the Economic and Monetary Union further, which includes the establishment of a European Monetary Fund and the new post of a European Minister of Economy and Finance. In the following months, the initiative has been the subject of some controversial plenary debates in the German Bundestag. This article analyses whether party positions on the Commission's proposal correspond more with general attitudes towards European integration or with stances in (national) economic and fiscal policy. The results illustrate that the positions are almost completely in line with party economic policy guidelines while the European integration dimension is secondary in the case of conflict. Hence, a return to the pro-European consensus that has characterised the German party system for decades cannot be expected since ideological differences in the economic left-right dimension will most likely remain an essential component of party competition.*

Die Finanz- und Staatsschuldenkrise, die dazu geführt hat, dass Mitgliedstaaten wie Griechenland nur durch die Gewährung von Milliardenkrediten in der Eurozone gehalten werden konnten, hat die Europäische Union (EU) in ihren Grundfesten erschüttert.<sup>1</sup> Auch wenn es auf diesem Wege gelungen ist, die Situation in den betroffenen Ländern (vorerst) zu stabilisieren, sind die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) nicht behoben.<sup>2</sup> Darauf hat Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Union vor dem Europäischen Parlament im September 2017 hingewiesen und tiefgreifende Reformen angemahnt, um die Lebensbedingungen der Menschen gerade in den strukturschwachen Ländern des Südens zu verbessern und anderen EU-Mitgliedstaaten die Einführung des Euro zu ermöglichen.<sup>3</sup> Unterstützt wurde er kurz darauf durch den französischen Präsidenten Emmanuel Macron, der in einer Grundsatzrede an der Universität Paris-Sorbonne seine Zukunftsvision eines Europas präsentierte, das den Herausforderungen in einer globalisierten Welt standhalten könnte.<sup>4</sup>

Am 6. Dezember 2017 hat die Europäische Kommission diese Vorschläge gebündelt und einen Fahrplan zur Vertiefung der WWU vorgelegt, der eine ganze Reihe von Maßnahmen

\* PD Dr. Andreas Wimmel, Institut für Sozialwissenschaften, Fachbereich Politikwissenschaft, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

- 1 Vgl. Tobias Kunstein/Wolfgang Wessels: Die Europäische Union in der Währungskrise: Eckdaten und Schlüsselentscheidungen, in: *integration* 4/2011, S. 308ff.; ausführlich Norbert Schuppan: Die Euro-Krise. Ursachen, Verlauf, makroökonomische und europarechtliche Aspekte und Lösungen, München 2013; Falk Illing: Die Eurokrise. Analyse der europäischen Strukturkrise, 2. Auflage, Wiesbaden 2017.
- 2 Vgl. Hans-Werner Sinn: Gefangen im Euro, München 2014; Joseph Stiglitz: Europa spart sich kaputt. Warum die Krisenpolitik gescheitert ist und der Euro einen Neustart braucht, München 2016; Johannes Becker/Clemens Fuest: Der Odysseus-Komplex. Ein pragmatischer Vorschlag zur Lösung der Eurokrise, München 2017.
- 3 Vgl. Europäische Kommission, Jean-Claude Juncker: Rede zur Lage der Union 2017, 13.9.2017, SPEECH/17/3165.
- 4 Vgl. Französische Botschaft, Presse- und Kommunikationsabteilung: Rede von Staatspräsident Macron an der Sorbonne. Initiative für Europa, 26.9.2017, abrufbar unter: <https://bit.ly/2GoOW9q> (letzter Zugriff: 27.8.2018); siehe dazu Joachim Schild: Französische Europapolitik unter Emmanuel Macron. Ambitionen, Strategien, Erfolgsbedingungen, in: *integration* 3/2017, S. 177ff.

beinhaltet, um den Schwächen des Euro-Währungsgebietes mit mehr Nachhaltigkeit zu begegnen.<sup>5</sup> Im Kern umfasst das sogenannte „Nikolaus-Paket“ aus Brüssel drei Initiativen: erstens die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds (EWF), der den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ersetzen und im Unionsrecht verankert werden soll; zweitens die Einführung neuer Haushaltsinstrumente zur finanziellen Unterstützung von derzeitigen und zukünftigen Mitgliedstaaten der Eurozone (Eurozonen-Budget); und drittens die Einführung des Amtes eines Europäischen Ministers für Wirtschaft und Finanzen, der eine Doppelfunktion als Vizepräsident der Kommission und als Vorsitzender der Euro-Gruppe einnehmen soll (Euro-Finanzminister).

Nicht nur unter den Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten, sondern auch im Deutschen Bundestag sind diese Vorschläge kontrovers diskutiert worden. Nach der Bundestagswahl vom 24. September 2017 haben sich sechs Fraktionen gebildet, die sich nicht nur in wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bereichen, sondern auch in ihren Einstellungen zur europäischen Integration unterscheiden.<sup>6</sup> Vor allem ist mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine Partei in den Bundestag eingezogen, die eine euroskeptische Agenda verfolgt und damit – neben der Partei DIE LINKE – ein zweites Gegengewicht zu den traditionell europafreundlichen Parteien der politischen Mitte darstellt. Damit scheint die Europäisierung des deutschen Parteiensystems im Sinne einer strukturellen Angleichung an andere EU-Mitgliedsländer wie etwa Frankreich oder Österreich, in denen euroskeptische Parteien einen festen Platz im Parteienspektrum einnehmen, weiter an Fahrt aufgenommen zu haben.<sup>7</sup> Zudem steht zu erwarten, dass der Trend zur Politisierung der Europäischen Union nun endgültig den Bundestag erreicht hat und sich zukünftig möglicherweise auch stärker in Wahlkämpfen widerspiegeln wird, als dies bislang zu beobachten war.<sup>8</sup>

Der Aufsatz ist wie folgt gegliedert: Nach einer kurzen Einführung in den Forschungsstand zur Europapolitik nationaler Parteien werden die drei oben genannten Kerninitiativen der Kommission näher vorgestellt. Anschließend soll anhand von parlamentarischen Aktivitäten und Beratungsvorgängen im Bundestag herausgearbeitet werden, inwieweit und aus welchen Gründen die sechs Fraktionen diese Reformvorschläge unterstützen oder ablehnen. Im nächsten Schritt wird dann analysiert, ob die jeweiligen Parteipositionen eher durch grundsätzliche Einstellungen zur europäischen Integration und/oder zur (nationalen) Wirtschafts- und Finanzpolitik erklärt werden können. Die Ergebnisse geben erste Hinweise, in welchem Ausmaß das Aufbrechen des proeuropäischen Basiskonsenses, der

5 Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat und die Europäische Zentralbank. Weitere Schritte zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion Europas: Ein Fahrplan, COM(2017) 821 final.

6 Vgl. Simon Jakobs/Uwe Jun: Parteienwettbewerb und Koalitionsbildung in Deutschland 2017/18: Eine Analyse der Wahlprogramme, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/2018, S. 265ff.; Oskar Niedermayer: Deutsche Parteien und Europa, in: Katrin Böttger/Mathias Jopp (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Europapolitik, Baden-Baden 2016, S. 171ff.

7 Vgl. Frank Decker: Parteiendemokratie im Wandel, 2. Auflage, Baden-Baden 2018, S. 121ff.

8 Vgl. schon Frank Wendler: Die Politisierung der europäischen Integration. Nationale Parlamentsdebatten zur Europäischen Union im Bundestag und House of Commons, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/2011, S. 307ff.; Christian Rauh/Michael Zürn: Die Politisierung der Europäischen Union als Chance nutzen, in: *integration* 1/2016, S. 3ff.; aktuell Lisa H. Anders/Thomas Tuntschew: Die EU-Politisierung in den Wahlkämpfen zur Bundestagswahl 2013 und zur Europawahl 2014 im Vergleich, in: Lisa H. Anders/Henrik Scheller/Thomas Tuntschew (Hrsg.): Parteien und die Politisierung der Europäischen Union, Wiesbaden 2018, S. 335ff.

das deutsche Parteiensystem jahrzehntelang geprägt hatte, auf parteipolitische Divergenzen in der integrations- oder wirtschaftspolitischen Dimension zurückgeführt werden kann.

## Dimensionen und Ausprägungen von Parteipositionen zur europäischen Integration

Die international vergleichende Forschung hat sich intensiv mit der Frage beschäftigt, welche Faktoren die Einstellungen oder Positionen von nationalen Parteien zur europäischen Integration bestimmen. Dabei konnten einige institutionelle und parteipolitische Merkmale herausgearbeitet werden, die mit einer proeuropäischen Grundhaltung einhergehen bzw. die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass eine Partei euroskeptische Positionen vertritt. Während institutionelle Merkmale vor allem auf die Regierungs-Oppositions-Konstellation abzielen, konzentrieren sich parteipolitische Merkmale auf Zusammenhänge mit allgemeinen programmatisch-ideologischen Einstellungsmustern.

In der institutionellen Dimension konnte ein stabiler Zusammenhang zwischen dem Regierungsstatus von Parteien und ihren Einstellungen zur europäischen Integration nachgewiesen werden. Parteien in Regierungsverantwortung sind im Mittel proeuropäischer als Oppositionsparteien, weil zumindest in den meisten EU-Mitgliedstaaten (noch) etablierte „Volksparteien“ regieren, die maßgeblich am Aufbau des Integrationsprojekts beteiligt waren und die Errungenschaften der europäischen Integration verteidigen.<sup>9</sup> Demgegenüber nutzen Oppositionsparteien häufig EU-Themen, um sich von der amtierenden Regierung abzugrenzen und Wählerschichten zu erreichen, die sich aufgrund ihrer persönlichen Lebenssituation keine Vorteile von der Europäischen Union versprechen.<sup>10</sup> Allerdings sind Oppositionsparteien, die über Regierungserfahrung verfügen, in aller Regel europafreundlicher eingestellt als Oppositionsparteien, die keine Aussicht auf Regierungsbeteiligung haben, weil sie von anderen Parteien als nicht koalitionsfähig eingestuft werden.<sup>11</sup> In den letzten Jahren dürfte sich die Differenz zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien jedoch deutlich verringert haben, nachdem in Ländern wie Österreich, Italien oder Ungarn euroskeptische Parteien an der Regierung beteiligt sind und gleichzeitig proeuropäische Parteien in die Opposition gedrängt wurden.<sup>12</sup>

In der parteipolitischen Dimension hat sich bestätigt, dass Parteien am äußeren linken und rechten Rand des politischen Spektrums euroskeptischer eingestellt sind als Parteien,

---

9 Vgl. zuerst Gary Marks/Carole J. Wilson: The Past in the Present: A Cleavage Theory of Party Response to European Integration, in: *British Journal of Political Science* 3/2000, S. 433ff.; aktuelle Daten finden sich bei Robert Rohrschneider/Stephen Whitefield: Responding to growing European Union-skepticism? The stances of political parties toward European integration in Western and Eastern Europe following the financial crisis, in: *European Union Politics* 1/2016, S. 138ff.

10 Vgl. schon Paul Taggart: A Touchstone of Dissent: Euroscepticism in Contemporary Western European Party Systems, in: *European Journal of Political Research* 3/1998, S. 363ff.; Hanspeter Kriesi/Edgar Grande/Romain Lachat/Martin Dolezal/Simon Bornschier/Timotheos Frey: Globalization and the transformation of the national political space: Six European countries compared, in: *European Journal of Political Research* 6/2006, S. 921ff.

11 Vgl. Renee L. Buhr: Seizing the Opportunity: Euroscepticism and Extremist Party Success in the Post-Maastricht Era, in: *Government and Opposition* 4/2012, S. 544ff.

12 Vgl. Paul Taggart/Aleks Szczerbiak: Coming in from the Cold? Euroscepticism, Government Participation and Party Positions on Europe, in: *Journal of Common Market Studies* 1/2013, S. 17ff.

die mittlere Positionen vertreten.<sup>13</sup> Bei genauer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass sich die ideologisch-programmatischen Hintergründe für Euroskeptizismus zwischen links- und rechtsextremen Parteien diametral unterscheiden.<sup>14</sup> Rechte Parteien lehnen europäische Integration aus gesellschaftspolitischen Gründen ab, weil sie die nationale Souveränität bzw. Kultur bewahren und Einwanderung begrenzen wollen.<sup>15</sup> Im Kontext der Euro-Krise haben rechte Parteien, die wirtschaftsliberale Positionen vertreten, zudem gegen die Euro-Rettungspolitik opponiert und teilweise den Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone gefordert.<sup>16</sup> Linke Parteien wenden sich grundsätzlich gegen die „neoliberalen“ Grundstruktur der WWU, die Mitgliedstaaten zu strikter Haushaltsdisziplin anhält und damit die Aufrechterhaltung sozialstaatlicher Leistungen erschwert, während sie europäischer Integration in gesellschaftspolitischen Bereichen offen gegenüberstehen.<sup>17</sup> Aktuelle Studien zeigen, dass Parteipositionen zur europäischen Integration heute vor allem durch gesellschaftspolitische Einstellungsmuster geprägt werden, während die früher dominante wirtschaftspolitische Dimension als Bestimmungsgröße etwas an Bedeutung verloren hat.<sup>18</sup>

Zweifellos hat diese ländervergleichende Forschung maßgeblich dazu beigetragen, die strukturellen Zusammenhänge zwischen Parteipositionen zur europäischen Integration und anderen programmatisch-ideologischen Einstellungsmustern aufzudecken. Allerdings liegt alldem die Annahme zugrunde, dass sich Europapolitik von nationalen Politikfeldern isolieren und abgrenzen lässt. Politische Entscheidungen der Europäischen Union können jedoch erhebliche Rückwirkungen auf die Spielräume nationaler Politik haben, die bei der Festlegung von europapolitischen Positionen zu berücksichtigen sind. Zudem lassen sich viele Zielsetzungen von Parteien, beispielsweise im Bereich der Umweltpolitik, nur durch europäische oder globale Kooperation erreichen. Demzufolge ist es im Mehrebenensystem der Europäischen Union kaum noch möglich, hoch komplexe Regelungsbereiche ausschließlich der einen oder anderen Dimension zuzuordnen, weil sie an der Schnittstelle zwischen nationaler und europäischer Politik liegen. Dann stehen Konzepte europäischer Integration idealerweise im Einklang mit der sonstigen Programmatik von Parteien, können aber auch quer dazu liegen.

Ein Paradebeispiel dafür ist die Wirtschafts- und Währungsunion. In der Integrationsdimension müssen Parteien abwägen, ob weitere Entscheidungskompetenzen oder Regelungsbereiche auf die europäische Ebene übertragen oder in den nationalen Rechtsrahmen

13 Vgl. Gary Marks/Carole J. Wilson/Leonard Ray: National Political Parties and European Integration, in: *American Journal of Political Science* 3/2002, S. 585ff.; Johan Hellström: Partisan responses to Europe: the role of ideology for national political parties' positions on European integration, in: *Journal of European Public Policy* 2/2008, S. 189ff.; Christine Arnold/Eliyahu V. Sapir/Catherine de Vries: Parties' Positions on European Integration: Issue Congruence, Ideology or Context?, in: *West European Politics* 6/2012, S. 1341ff.

14 Vgl. Gary Marks/Marco R. Steenbergen: Understanding Political Contestation in the European Union, in: *Comparative Political Studies* 8/2002, S. 879ff.; Liesbet Hooghe/Gary Marks/Carole J. Wilson: Does Left/Right Structure Party Positions on European Integration?, in: *Comparative Political Studies* 8/2002, S. 965ff.

15 Vgl. Tjitske Akkerman/Sarah L. de Lange/Matthijs Rooduijn (Hrsg.): *Radical Right-Wing Populist Parties in Western Europe. Into the Mainstream?*, London/New York 2016.

16 Vgl. Aleksandra Maatsch: Are we all austerians now? An analysis of national parliamentary parties' positioning on anti-crisis measures in the eurozone, in: *Journal of European Public Policy* 1/2014, S. 96ff.; Andrea L. P. Pirro/Stijn van Kessel: United in opposition? The populist radical right's EU-pessimism in times of crisis, in: *Journal of European Integration* 4/2017, S. 405ff.

17 Vgl. Richard Dunphy: *Contesting capitalism? Left parties and European integration*, Manchester 2004.

18 Vgl. Christopher Prosser: Dimensionality, ideology and party positions towards European integration, in: *West European Politics* 4/2016, S. 731ff.

zurückgeführt werden sollen. Gleichzeitig müssen Parteien sich entsprechend ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Leitlinien positionieren, welche inhaltlichen Maßnahmen, beispielsweise Sanktionen bei der Nichteinhaltung von Konvergenzkriterien, sie befürworten oder ablehnen. Beide Dimensionen können in Konflikt miteinander geraten, wenn etwa eine proeuropäische Partei befürchtet, eine institutionelle Vertiefung der WWU könnte dazu führen, dass auf europäischer Ebene eine von ihr abgelehnte Wirtschafts- und Finanzpolitik betrieben wird. In einer solchen Konstellation können sich Parteien bei der Festlegung ihrer Position entweder (trotzdem) an ihrer grundsätzlichen Einstellung zur europäischen Integration orientieren oder ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Überzeugungen ein größeres Gewicht beimessen. Dieser Nexus soll am Beispiel der Positionierung deutscher Parteien zu den Vorschlägen der Kommission zur Vertiefung der WWU näher untersucht werden.

### Vorschläge der Kommission zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion

Der Fahrplan zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion beinhaltet ein ganzes Bündel an Maßnahmen, mit denen die Kommission drei übergeordnete Ziele verfolgt.<sup>19</sup> Erstens soll die Einheit des Euro-Währungsgebietes vorangetrieben werden, indem in EU-Mitgliedstaaten, die noch nicht zur Eurozone gehören, die strukturellen Voraussetzungen für die Einführung des Euro geschaffen werden. Zweitens soll die Effizienz und Reaktionsfähigkeit der WWU gesteigert werden, indem Instrumente zur Stabilisierung der Eurozone in einen kohärenten Rechtsrahmen der Europäischen Union überführt werden. Drittens soll die demokratische Rechenschaftspflicht der WWU verbessert werden, indem „sowohl die nationalen Parlamente als auch das Europäische Parlament in Bezug auf die Handhabung der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU mehr Kontrollrechte erhalten“.<sup>20</sup> Zur Umsetzung dieser Ziele sollen vor allem folgende drei Initiativen beitragen.<sup>21</sup>

#### *Europäischer Währungsfonds (EWF)*

Die Kommission schlägt vor, den ESM zu einem EWF auszubauen und mittels einer Verordnung im Rechtsrahmen der Europäischen Union zu verankern.<sup>22</sup> Der ESM wurde als internationale Finanzinstitution gegründet, welche außerhalb der EU-Verträge operiert und deswegen keiner Kontrolle durch Rat oder Europäischem Parlament unterliegt.<sup>23</sup> Der

19 Europäische Kommission: Weitere Schritte zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion Europas, 2017; vgl. dazu auch Michael Hüther/Jürgen Matthes: Ein kritischer Blick auf die aktuellen Reformvorschläge der EU-Kommission, in: *Wirtschaftsdienst* 1/2018, S. 30ff.

20 Europäische Kommission: Weitere Schritte zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion Europas, 2017, S. 3.

21 Außerdem schlägt die Kommission vor, die Substanz des Vertrages über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) in das Unionsrecht zu integrieren. Diese Initiative wird aus dieser Analyse ausgeklammert, weil sie im Gegensatz zu den anderen Vorschlägen keine neuen Maßnahmen schaffen, sondern geltendes Recht lediglich in Gemeinschaftsrecht überführen will.

22 Europäische Kommission: Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Einrichtung des Europäischen Währungsfonds, COM(2017) 827 final; vgl. dazu Dirk Meyer: Europäischer Währungsfonds – Zum Vorschlag der EU-Kommission, in: *Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, Band 145, Bonn 2018.

23 Vgl. Ulrich Häde: Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), in: Armin Hatje/Peter-Christian Müller-Graff (Hrsg.): *Enzyklopädie Europarecht*, Band 1: Europäisches Organisations- und Verfassungsrecht, Baden-Baden 2014, S. 891ff.; kritisch Claudia Wiesner: Möglichkeiten und Grenzen repräsentativer Demokratie in der EU-Finanzkrise, in: *integration* 1/2017, S. 52ff.

Satzungsentwurf des EWF, der dem Kommissionsvorschlag anhängt, sieht demgegenüber vor, dass nahezu alle Beschlüsse des Gouverneursrates, die Vereinbarungen über die Vergabe von Finanzhilfen betreffen, vom Rat mit qualifizierter Mehrheit gemäß Art. 238 Abs. 3 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) genehmigt werden müssen, wobei die Stimmrechte der Ratsmitglieder von Mitgliedstaaten, deren Währung nicht der Euro ist, bei den meisten Beschlüssen ausgesetzt werden sollen.<sup>24</sup> Zudem soll eine Rechenschaftspflicht gegenüber dem Europäischen Parlament und dem Rat<sup>25</sup> sowie den nationalen Parlamenten<sup>26</sup> eingeführt werden.

Der institutionelle Aufbau und die Tätigkeitsbereiche des ESM sollen weitgehend unverändert in die EWF-Satzung überführt werden.<sup>27</sup> Die vorrangige Aufgabe wird weiterhin darin bestehen, Mitgliedstaaten der Eurozone Stabilitätshilfen zu gewähren, sofern eine solche Maßnahme zur Wahrung der Finanzstabilität des Euro-Währungsgebietes insgesamt und seiner Mitgliedstaaten unabdingbar ist.<sup>28</sup> Dafür soll das Stammkapital des ESM von ursprünglich rund 700 Milliarden Euro auf den EWF übertragen werden. Allerdings sieht der Vorschlag eine neue Aufgabe vor: Der EWF soll die gemeinsame Letztversicherung für den einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund, SRF) im Rahmen der zweiten Säule der Bankenunion übernehmen. Mit der Bankenunion wurden gemeinsame Richtlinien und Regelungen im Bereich der Finanzmarktaufsicht und der Sanierung oder Abwicklung von Kreditinstituten innerhalb der Europäischen Union bzw. der Eurozone eingeführt.<sup>29</sup> Sollten die Eigenmittel des SRF im Falle einer Bankenabwicklung nicht ausreichen, könnte der EWF-Gouverneursrat die Bereitstellung von Krediten und Garantien bis zu einer anfänglichen Obergrenze von 60 Milliarden Euro beschließen.<sup>30</sup>

Die Überführung des neu gegründeten EWF in das Unionsrecht würde nach Auffassung der Kommission keine Änderung der EU-Verträge erfordern, sondern könnte in einem vereinfachten Verfahren auf Basis von Art. 352 AEUV erfolgen. Laut Kommission ist diese Maßnahme „für die Finanzstabilität des Euro-Währungsgebietes notwendig und die Verträge bieten keine andere Rechtsgrundlage für die Erreichung dieses Ziels durch die EU“.<sup>31</sup>

24 Art. 3 Entwurf der EWF-Satzung, in: Europäische Kommission: Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds, Anhang, COM(2017) 827 final.

25 Art. 5 ebenda.

26 Art. 6 ebenda.

27 Europäische Kommission: Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds, 2017, S. 16.

28 Art. 12 Abs. 1 Vertrag zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), 1.2.2012, D/12/3; vgl. ausführlich Oliver Höing: Weder Stabilitäts- noch Transferunion: der Europäische Stabilitätsmechanismus in einer reformierten Währungszone, in: *integration* 1/2016, S. 15ff.

29 Verordnung (EU) Nr. 806/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2014 zur Festlegung einheitlicher Vorschriften und eines einheitlichen Verfahrens für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und eines einheitlichen Abwicklungsfonds sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010, in: Amtsblatt der EU, Nr. L 225 vom 30. Juli 2014, S. 1ff.; vgl. dazu David Howarth/Lucia Quaglia: Die Bankenunion als Krönung der Wirtschafts- und Währungsunion?, in: *integration* 1/2015, S. 44ff.; Christian Calliess/Christopher Schoenfleisch: Die Bankenunion, der ESM und die Rekapitalisierung von Banken. Europa- und verfassungsrechtliche Fragen, in: *Juristenzeitung* 3/2015, S. 113ff.

30 Art. 22 Entwurf der EWF-Satzung; Europäische Kommission: Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds, 2017, S. 8.

31 Ebenda, S. 6; Art. 352 Abs. 1 AEUV sieht vor, dass der Rat nach Zustimmung des Europäischen Parlaments auf Vorschlag der Kommission Vorschriften erlassen kann, wenn „ein Tätigwerden der Union im Rahmen der in den Verträgen festgelegten Politikbereiche erforderlich [erscheint], um eines der Ziele der Verträge zu verwirklichen“, auch wenn „in den Verträgen die hierfür erforderlichen Befugnisse nicht vorgesehen“ sind.

### *Neue Haushaltsinstrumente für die Eurozone (Eurozonen-Budget)*

Die zweite Initiative der Kommission umfasst vorrangig drei neue Haushaltsinstrumente, die innerhalb des Unionsrahmens umgesetzt werden könnten: erstens eine finanzielle und technische Unterstützung zur Umsetzung von Strukturreformen und länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters, die Mitgliedsländer beantragen können, wenn sie im Gegenzug konkrete Reformvorhaben zusagen.<sup>32</sup> Hierfür soll ein für den Zeitraum von 2017 bis 2020 schon zur Verfügung stehendes Budget von 142 Millionen Euro auf rund 300 Millionen Euro aufgestockt werden. Zweitens eine Konvergenzfacilität zur Unterstützung von EU-Mitgliedstaaten, die dem Euro-Währungsgebiet noch nicht beigetreten sind, um die Konvergenzkriterien gemäß Art. 140 Abs. 1 AEUV zügiger zu erfüllen.<sup>33</sup> Drittens eine Stabilisierungsfunktion, die unterschiedliche Fonds und Finanzinstrumente auf Ebene der Europäischen Union und des Euro-Währungsgebietes zusammenbringen und bei sogenannten großen asymmetrischen Schocks eingesetzt werden soll.

Unter einem asymmetrischen Schock versteht die Kommission negative Auswirkungen von abrupt einsetzenden internationalen Finanzkrisen, von denen einige Euro-Staaten ungleich stärker betroffen sind, die aber aufgrund der Architektur der Währungsunion nicht von ihnen allein bewältigt werden können.<sup>34</sup> Bekanntlich ist eine nationalstaatliche Wechselkursanpassung im Euroraum nicht möglich und die Europäische Zentralbank kann wegen ihrer einheitlichen Geldpolitik nur unzureichend zwischen den Bedürfnissen einzelner Mitgliedstaaten unterscheiden.<sup>35</sup> Deswegen sollen von der Kommission verwaltete EU-Haushaltsmittel ausschließlich für Investitionen bereitgestellt werden, die als Darlehen abrufbar sind und das Risiko verringern, dass ein krisengeschütteltes Mitglied der Eurozone gleich auf eine Finanzhilfefacilität angewiesen ist. Als eine mögliche Stabilisierungsfunktion schwebt der Kommission beispielsweise eine europäische Investitionsschutzregelung vor, mit der verhindert werden soll, dass bei einem unerwarteten Konjunkturabschwung öffentliche Investitionen in die Infrastruktur ausgesetzt werden müssen. Damit ein solches Eurozonen-Budget die erhoffte Wirkung entfalten könne, müsste es nach Einschätzung der Kommission im Krisenfall Nettozahlungen von mindestens 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts des jeweiligen Euro-Mitgliedstaates leisten können.<sup>36</sup>

### *Europäischer Minister für Wirtschaft und Finanzen (Euro-Finanzminister)*

Die dritte Initiative der Kommission sieht die Schaffung des Amtes eines Europäischen Ministers für Wirtschaft und Finanzen vor, der eine Doppelfunktion als Vizepräsident der

32 Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat und die Europäische Zentralbank. Neue Haushaltsinstrumente für ein stabiles Euro-Währungsgebiet innerhalb des Unionsrahmens, COM(2017) 822 final, S. 11; vgl. dazu Walter Obwexer: Das System der „Europäischen Wirtschaftsregierung“ und die Rechtsnatur ihrer Teile: Sixpack – Euro-Plus-Pakt – Europäisches Semester – Rettungsschirm, in: Zeitschrift für öffentliches Recht 2/2012, S. 209ff., hier S. 229.

33 Europäische Kommission: Neue Haushaltsinstrumente für ein stabiles Euro-Währungsgebiet, 2017, S. 12f.

34 Ebenda, S. 15.

35 Vgl. Philipp Ehmer: Asymmetrische Schocks im Euroraum – Mechanismen zur Abfederung erforderlich, KfW Research: Volkswirtschaft Kompakt 137/2017.

36 Europäische Kommission: Neue Haushaltsinstrumente für ein stabiles Euro-Währungsgebiet, 2017, S. 17.

Kommission und als Vorsitzender der Euro-Gruppe einnehmen soll.<sup>37</sup> Nach Ernennung einer neuen Kommission müsste sich dann die Euro-Gruppe darauf verständigen, den für dieses Amt vorgesehenen Vizepräsidenten der Kommission zu ihrem Vorsitzenden zu wählen. Darüber hinaus sieht der EWF-Satzungsentwurf vor, dass der Vorsitzende des Gouverneursrates zugleich auch Präsident der Euro-Gruppe sein sollte.<sup>38</sup> Bislang wählten die Euro-Gruppe und der ESM-Gouverneursrat ihre Vorsitzenden aus dem Kreise der Mitglieder, d.h., ein Finanzminister eines Mitgliedstaates der Eurozone führte den Vorsitz. Ein Euro-Finanzminister wäre nicht nur im Gouverneursrat stimmberechtigt, sondern als Mitglied der Kommission gegenüber dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten rechenschaftspflichtig.<sup>39</sup>

Die Schlüsselfunktion eines solchen Euro-Finanzministers sieht die Kommission in der Stärkung der Gesamtkohärenz und der Effizienz der EU-Wirtschaftspolitik. Insbesondere erhofft sich die Kommission Synergieeffekte in der wirtschafts- und fiskalpolitischen Koordinierung, wenn eine Person gleich drei Posten bekleidet, die inhaltlich überlappende Aufgabenprofile haben.<sup>40</sup> Eine Ausweitung politischer Kompetenzen, die über die bisherigen Ämter, die der Euro-Finanzminister besetzen soll, hinausgehen, ist der Kommissionsmitteilung nicht zu entnehmen. Daher könnte die Position im Zuge der regulären Ernennung der nächsten Kommission im November 2019 im Rahmen der bestehenden Verträge eingeführt werden.<sup>41</sup>

## Parlamentarische Aktivitäten und Beratungsvorgänge im Bundestag

Seit der Konstituierung des 19. Deutschen Bundestages am 24. Oktober 2017 haben vier Aussprachen zu parlamentarischen Aktivitäten stattgefunden, die in unmittelbarem Zusammenhang mit den Reformvorschlägen der Kommission standen.<sup>42</sup>

Am 11. Dezember 2017, also nur eine Woche, nachdem die Kommission ihr „Nikolaus-Paket“ verschickt hatte, brachte die FDP-Fraktion einen Antrag zu dieser Causa ein. Mit diesem wird der Bundestag aufgefordert zu beschließen, dass die Bundesregierung bei allen Reformmaßnahmen der fiskalpolitischen Eigenverantwortung für Stabilität und Wachstum oberste Priorität zukommen lassen müsse. Konkret kritisiert die FDP-Fraktion die geplante gemeinsame Letztsicherung für den europäischen Bankenabwicklungsfonds, da dieser „einer Vergemeinschaftung der Risiken in den Bankenbilanzen“ gleichkäme und daher mindestens so lange abzulehnen sei, „wie notleidende Kredite in den Bilanzen der Kreditinstitute ein echtes Risiko sind“. Zudem wenden sich die Liberalen gegen die Einrichtung einer Stabilisierungsfunktion aus dem EU-Haushalt zur fiskalpolitischen Abfede-

37 Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat und die Europäische Zentralbank. Ein Europäischer Minister für Wirtschaft und Finanzen, COM(2017) 823 final.

38 Art. 5 Abs. 1 Entwurf der EWF-Satzung.

39 Europäische Kommission: Ein Europäischer Minister für Wirtschaft und Finanzen, 2017, S. 9.

40 Ebenda, S. 3ff.

41 Ebenda, S. 9.

42 Stand Juli 2018. Die Analyse basiert auf einer fortlaufenden Chronologie parlamentarischer Aktivitäten zum Themengebiet „Europapolitik und Europäische Union“ im Deutschen Bundestag, mit der u.a. sämtliche Beratungsvorgänge zur Wirtschafts- und Währungsunion erfasst und katalogisiert werden. Quelle: Deutscher Bundestag, Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge, abrufbar unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21.web/bt> (letzter Zugriff: 20.9.2018).

rung asymmetrischer Schocks: „Im Ergebnis würden nationale Regierungen haushaltspolitisch schmerzhaft Entscheidungen in dem Vertrauen aufschieben, dass Zahlungen aus einem solchen Mechanismus ihre Reformverweigerung finanzieren“.<sup>43</sup>

Am 1. Februar 2018 sind mehrere Anträge zu der Verordnung der Kommission über die Einrichtung eines EWF im Plenum debattiert worden. Die FDP-Fraktion brachte gleich zwei Anträge ein, mit denen der Bundestag aufgefordert wurde, Stellungnahmen gemäß Art. 6 des Protokolls Nr. 2 zum Vertrag von Lissabon (Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit) und gemäß Art. 23 Abs. 3 Grundgesetz zu beschließen. Mit dem ersten Antrag wollte die FDP-Fraktion verhindern, dass eine Überführung des ESM in einen Währungsfonds durch Unionsrecht vollzogen wird, weil hierfür die rechtlichen Voraussetzungen fehlten.<sup>44</sup> Im zweiten Antrag fordert die FDP darüber hinaus, dass der Parlamentsvorbehalt des Bundestages bei der Gewährung von Finanzhilfen auch im EWF erhalten bleibt, dass bestimmte fiskalpolitische Überwachungsfunktionen von der Kommission auf den EWF übertragen werden, dass die Bedingungen für die Vergabe von Finanzhilfen nicht aufgeweicht werden und dass eine Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF) auch an EWF-Finanzhilfeprogrammen angestrebt werden soll.<sup>45</sup>

Ein Antrag der AfD-Fraktion in derselben Sache wendet sich ebenfalls gegen eine Überführung des ESM in Gemeinschaftsrecht und verweist wie die FDP auf eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips. Die „Flexibilitätsklausel“ gemäß Art. 352 AEUV stellt nach Auffassung der AfD keine hinreichende Rechtsgrundlage dar, um die vertraglich definierten Grenzen der Zuständigkeiten der Europäischen Union auf den ESM/EWF auszudehnen.<sup>46</sup> Die Fraktion DIE LINKE hat beantragt, den Kommissionsvorschlag zur Einrichtung eines EWF abzulehnen. Insgesamt würde der EWF die fehlgeleitete und undemokratische Euro-Rettungspolitik der letzten Jahre, die in den Krisenländern zu drastischen Kürzungen von öffentlichen Investitionen, Löhnen und Renten geführt habe, nur fortsetzen. Stattdessen fordert DIE LINKE die Bundesregierung auf, sich für eine EU-weite Vermögensabgabe für Millionäre und für einen Schuldenschnitt für überschuldete Staaten einzusetzen.<sup>47</sup>

Am 20. April 2018 beantragte die FDP-Fraktion zudem eine Aktuelle Stunde zur Haltung der Koalition zu den Plänen der Kommission, den ESM in einen Währungsfonds zu

43 Deutscher Bundestag: Antrag der Fraktion der FDP. Fiskalpolitische Eigenverantwortung für Stabilität und Wachstum in Europa, 11.12.2017, BT-Drs. 19/228.

44 Deutscher Bundestag: Antrag der Fraktion der FDP zu dem Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung des Rates über die Einrichtung des Europäischen Währungsfonds, KOM(2017) 827 endg.; Ratsdok. 15664/17. Europäischer Währungsfonds darf nicht im EU-Recht begründet werden, 30.1.2018, BT-Drs. 19/582; direkt nach der Aussprache ist der Antrag bei Gegenstimmen der CDU/CSU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE und bei Zustimmung der Fraktionen der FDP und der AfD abgelehnt worden.

45 Deutscher Bundestag: Antrag der Fraktion der FDP zu dem Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung des Rates über die Einrichtung des Europäischen Währungsfonds, KOM(2017) 827 endg., Ratsdok. 15664/17. Europas fiskalpolitische Regeln stärken – Transferunion verhindern, 30.1.2018, BT-Drs. 19/583.

46 Deutscher Bundestag: Antrag des Abgeordneten Peter Boehringer und der Fraktion der AfD zu dem Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung des Rates über die Einrichtung des Europäischen Währungsfonds, KOM(2017) 827 endg.; Ratsdok. 15664/17. Unvereinbarkeit des Verordnungsentwurfs der EU-Kommission über die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds mit dem Subsidiaritätsprinzip, 31.1.2018, BT-Drs. 19/593.

47 Deutscher Bundestag: Antrag der Fraktion DIE LINKE. Europäischen Währungsfonds ablehnen – Öffentliche Investitionen stärken und Finanzsektor strikt regulieren, 30.1.2018, BT-Drs. 19/579.

überführen.<sup>48</sup> Am 28. Juni 2018 erfolgte schließlich eine Aussprache zur Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 28./29. Juni 2018 in Brüssel, in der die „Erklärung von Meseberg“ thematisiert wurde. In dieser Erklärung formulieren die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron gemeinsame Positionen zu den Kommissionsvorschlägen zur Reform der Eurozone. Demnach ist vorgesehen, zunächst den ESM-Vertrag zu ändern, damit er eine „stärkere Rolle bei der Konzeption und Überwachung von Programmen in enger Zusammenarbeit mit der Kommission und in Verbindung mit der Europäischen Zentralbank“ spielen könne. Zudem soll der ESM erst dann „als Auffangmechanismus für den einheitlichen Abwicklungsfonds dienen“, wenn ausreichende Fortschritte in der Risikominderung erzielt worden seien: „In einem zweiten Schritt können wir dann die Einbindung des ESM in EU-Recht gewährleisten, wobei seine zentralen Steuerungselemente bewahrt werden“. Ganz am Ende dieses Reformprozesses „könnte [der ESM] umbenannt werden“. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, „beginnend im Jahr 2021 im Rahmen der Europäischen Union einen Haushalt für die Eurozone aufzustellen, um die Wettbewerbsfähigkeit, Annäherung und Stabilisierung in der Eurozone zu fördern“. Die Initiative zur Schaffung eines Euro-Finanzministers, die ursprünglich von Macron ausgegangen war, wird in der Erklärung nicht mehr aufgegriffen.<sup>49</sup>

## Plenardebatten zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion

Die Aussprachen zu diesen parlamentarischen Vorgängen sollen nun ausgewertet werden, um die Positionen aller im Bundestag vertretenen Parteien zu den drei Initiativen der Kommission zu erfassen. Dafür wurden die Plenardebatten einer manuellen qualitativen Inhaltsanalyse mit Unterstützung des Textanalyseprogramms MAXQDA 12 unterzogen.<sup>50</sup> Um die Position bzw. Argumentation der Parteiführung zu erfassen, wurden die Reden der jeweils ersten Sprecher jeder Fraktion kodiert, die gemäß den Gepflogenheiten im Bundestag die Parteilinie vertreten.<sup>51</sup> Wurde die Aussprache von einem Mitglied der Bundesregierung eröffnet, wurde die Rede als Position der Parteiführung gewertet, weil Regierungsvertreter und Parteiführung *de facto* eine politische Handlungseinheit darstellen.<sup>52</sup>

### CDU/CSU

Die CDU/CSU-Fraktion unterstützt prinzipiell eine institutionelle Weiterentwicklung des ESM, allerdings müsse der EWF „eine eigenständige, unabhängige EU-Institution sein“

48 Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 19/27 vom 20. April 2018, Zusatztagesordnungspunkt 8: Aktuelle Stunde auf Verlangen der Fraktion der FDP: Haltung der Koalition zu Plänen der EU-Kommission, den ESM in einen europäischen Währungsfonds zu überführen, S. 2534 A-2549 C.

49 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Erklärung von Meseberg. Das Versprechen Europas für Sicherheit und Wohlstand erneuern, 19.6.2018, Pressemitteilung 214/2018; siehe dazu Frankfurter Allgemeine Zeitung: Merkel und Macron einig über Euro-Budget, 20. Juni 2018.

50 MAXQDA erlaubt die geordnete Kategorisierung großer Textmengen, um für das Forschungsinteresse wichtige von weniger wichtigen Textpassagen zu trennen und diese zur systematischen Auswertung auf Befehl gebündelt anzeigen zu können (<http://www.maxqda.de>); vgl. Udo Kuckartz: Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten, 3. Auflage, Wiesbaden 2010.

51 Vgl. Hermann J. Schreiner: Die Berliner Stunde – Funktionsweise und Erfahrungen: Zur Redeordnung des Deutschen Bundestages, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 3/2005, S. 573ff.

52 Vgl. Eberhard Schuett-Wetschky: Regierung, Parlament oder Parteien: Wer entscheidet, wer beschließt?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 3/2005, S. 489ff.

und dürfe „nicht der EU-Kommission unterstehen“. Die Mitgliedstaaten müssten weiter die Kontrolle über die eingezahlten Mittel ausüben. Sämtliche Mitwirkungsrechte des Bundestages und des Haushaltsausschusses müssten erhalten bleiben. Kritisch sieht man in der Fraktion den Vorschlag der Kommission, den geplanten Abwicklungsfonds im EWF anzusiedeln, „solange sich in vielen Staaten enorme Risiken in den Bankenbilanzen auftürmen“. Bevor die notleidenden Kredite nicht spürbar abgebaut seien, könne es „keine Zugeständnisse bei der gemeinsamen Einlagensicherung“ geben.<sup>53</sup> Die Fraktion ist sich einig, dass Art. 352 AEUV nicht ausreiche, um einen EWF im Unionsrecht zu begründen, sondern dass dafür eine Vertragsänderung notwendig wäre.<sup>54</sup> Auch in der „Erklärung von Meseberg“ werden die Ideen der Kommission nur sehr zögerlich aufgegriffen. Insgesamt trägt die CDU/CSU also nur die Grundidee der Schaffung eines EWF mit, lehnt aber die damit verbundenen inhaltlichen Reformvorschläge der Kommission überwiegend ab.

Die Aussagen der Fraktion zu den neuen Haushaltsinstrumenten (Eurozonen-Budget) waren ambivalent und abwartend. Eindeutig abgelehnt wurde zunächst nur die Stabilisierungsfunktion, die bei großen asymmetrischen Schocks eingesetzt werden soll.<sup>55</sup> Bevor „wir mit immer neuen Geldtöpfen Risiken in der Euro-Zone umverteilen“, sollte die Kommission die Einhaltung der Fiskalregeln stärker einfordern.<sup>56</sup> Von dieser anfänglichen Haltung der CDU/CSU-Fraktion ist Merkel mit der „Erklärung von Meseberg“ ein Stück weit abgerückt, indem sie sich bereit erklärte, einen „Euro-Raum-Haushalt“ zu entwickeln, um „die Konvergenz und die Stabilität“ der Euro-Mitgliedstaaten zu erhöhen, ohne jedoch konkrete Instrumente oder Summen zu benennen.<sup>57</sup>

Demgegenüber legte sich die CDU/CSU-Fraktion früh fest, dass „ein europäischer Finanzminister, der bei der Kommission angesiedelt ist, zurzeit nicht das adäquate Mittel“ sei, um sich in der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik besser abzustimmen.<sup>58</sup> Nachdem sich immer deutlicher abzeichnete, dass ein Euro-Finanzminister auch in vielen anderen Mitgliedstaaten der Eurozone keine Unterstützung findet, hat die Union diesen Vorschlag der Kommission nicht mehr aufgegriffen.

## SPD

Die SPD-Fraktion hat die Vorschläge zur Vertiefung der WWU von Anfang an und ohne Einschränkung unterstützt. Wenn man Europa stärken wolle, und das sei das erklärte Ziel der Sozialdemokraten, dann sei ein EWF, wie ihn die Kommission vorsieht, der richtige Weg.<sup>59</sup> Die SPD habe maßgeblich dazu beigetragen, das Ziel eines parlamentarisch kontrollierten EWF, der „im Unionsrecht verankert sein sollte“, in den Koalitionsvertrag zu

53 Eckhardt Rehberg (CDU/CSU), in: Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 19/11 vom 1. Februar 2018, S. 824 C-825 C.

54 Vgl. Dr. Heribert Hirte (CDU/CSU), in: Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 19/27 vom 20. April 2018, S. 2535 B/C.

55 Ralph Brinkhaus (CDU/CSU), in: Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 19/5 vom 13. Dezember 2017, S. 413 D.

56 Rehberg, Februar 2018, S. 824 C.

57 Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin, in: Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 19/42 vom 28. Juni 2018, S. 4111 A.

58 Brinkhaus, Dezember 2017, S. 413 D-414 A.

59 Vgl. Johannes Kahrs (SPD), in: Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 19/11 vom 1. Februar 2018, S. 826 B/C.

bringen. Deswegen werde man „mit aller Kraft“ daran arbeiten, „den ESM gemeinsam mit den anderen Euro-Ländern weiterzuentwickeln und zu einem Europäischen Währungsfonds auszubauen“.<sup>60</sup>

In der Aktuellen Stunde vom 20. April 2018 distanzierte sich die SPD-Fraktion deutlich von der FDP, die sich gegen die Einführung zusätzlicher Stabilisierungsfonds ausgesprochen hatte (siehe oben). Demgegenüber unterstützt die SPD die von der Kommission vorgeschlagenen Haushaltsinstrumente (Eurozonen-Budget), insbesondere die Stabilisierungsfunktion zur Abfederung asymmetrischer Schocks. Durch internationale Finanzkrisen könnten strukturschwache Euro-Mitgliedstaaten unverschuldet in Not geraten, weil sie ihre Währung nicht anpassen können. In einer solchen Situation wäre ein Instrument sinnvoll, „das bei einer extremen Schiefelage mithelfen soll, das Umkippen einer Volkswirtschaft zu verhindern“, wenn die Arbeitslosigkeit konjunkturbedingt stark ansteigt.<sup>61</sup>

Bereits in der Plenardebatte am 13. Dezember 2017 sprach sich die SPD für einen Europäischen Finanzminister in der Art und Weise aus, wie die Kommission dieses neue Amt ausgestalten möchte.<sup>62</sup> Danach hat auch die SPD diese Idee nicht mehr aufgegriffen, sich aber auch nicht von ihrer anfänglichen Haltung distanziert.

#### AfD

Die AfD-Fraktion hat sämtliche Vorschläge der Kommission entsprechend ihrer kritischen Grundhaltung gegenüber dem Euro als Gemeinschaftswährung zurückgewiesen: „Es gibt keine sinnvolle Euro-Rettungspolitik in einem von Anfang an fehlkonstruierten Währungssystem“.<sup>63</sup> Die Gründung eines EWF im Unionsrecht durch Rückgriff auf Art. 352 AEUV sei rechtswidrig und verstoße gegen das Subsidiaritätsprinzip. Darüber hinaus sei der EWF „aus ökonomischen Gründen abzulehnen“, weil er die „unselige Tradition des ESM, [die] wir [...] schon vor [...] Jahren als planwirtschaftlichen Wahnsinn und Alptraum bezeichnet haben“, noch verstetigen würde. Wenn der EWF nun auch noch als „Letzthafter beim [...] geplanten Einlagensicherungsfonds“ eingesetzt werde, dann seien das „die Steuern und Vermögensenteignungen von morgen“.<sup>64</sup> Zudem wären die Mitwirkung des Bundestages und damit das Haushaltsrecht massiv gefährdet: Der EWF soll „die totale suprastaatliche Blackbox für die Banken und für die Großunternehmen werden – alles ohne nationalstaatliche Kontrolle“.<sup>65</sup>

Wenig überraschend lehnt die AfD auch den von ihr sogenannten „Macron’schen Gemeinschaftshaushalt der Vereinigten Staaten von EU-ropa“ kategorisch ab.<sup>66</sup> Mit diesem Schritt würde die nationale Wirtschaftspolitik supranationalisiert, was nicht mit dem Lisbon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu vereinbaren wäre. Die „Macron-Fans auf

60 Sonja Amalie Steffen (SPD), in: Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 19/27 vom 20. April 2018, S. 2536 C, 2537 C.

61 Ebenda, S. 2537 B/C.

62 Vgl. Johannes Kahrs (SPD), in: Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 19/5 vom 13. Dezember 2017, S. 414 D.

63 Peter Boehringer (AfD), in: Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 19/5 vom 13. Dezember 2017, S. 416 C.

64 Peter Boehringer (AfD), in: Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 19/27 vom 20. April 2018, S. 2538 C.

65 Peter Boehringer (AfD), in: Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 19/11 vom 1. Februar 2018, S. 827 C, 828 D.

66 Boehringer, Dezember 2017, S. 415 D.

der linken Seite und in der Mitte des Hauses“ erinnerte der Abgeordnete Peter Boehringer daran, „wie viel Geld hierzulande für die nationale Wirtschafts- und Sozialpolitik und für Familienpolitik übrig wäre, wenn man die Hoheit über unsere Gelder nicht ständig immer weiter vergemeinschaften würde“.<sup>67</sup>

Ein Euro-Finanzminister wäre nach Einschätzung der AfD „glatt illegal“, weil die Europäische Union kein Staat sei und gemäß Bundesverfassungsgericht ohne vorherige Volksabstimmung auch keiner werden dürfe.<sup>68</sup>

### FDP

Die FDP-Fraktion hat schon mit ihren Anträgen dokumentiert, dass sie den Vorschlägen zur Vertiefung der WWU sehr kritisch gegenübersteht, weil sie nicht überzeugt ist, dass damit die bestehenden Probleme in der Eurozone gelöst werden können. Zwar stellt sich die FDP „nicht gegen die Überführung des ESM in einen Europäischen Währungsfonds“, aber verbindet mit der Weiterentwicklung ganz andere wirtschafts- und finanzpolitische Zielvorstellungen als die Kommission. Anstatt von EU-Institutionen kontrolliert zu werden, sollte ein EWF nach Vorbild des IWF mit harter Hand und möglichst unabhängig von politischen Interessen die Einhaltung von Reformauflagen in den Krisenländern überwachen.<sup>69</sup> Zudem dürfe es keine Bankenabwicklung auf Kosten der Steuerzahler in Europa geben, was laut FDP der Fall wäre, wenn „der Bankenabwicklungsfonds eine Kreditlinie beim ESM bekommt“.<sup>70</sup>

Besonders stark kritisiert die FDP die Kommissionsvorschläge für neue Stabilisierungsfonds (Eurozonen-Budget), die dringend notwendige Reformmaßnahmen zur Konsolidierung von Haushalten eher verhindern als unterstützen würden: Man wolle „keinen allgemeinen Transfermechanismus“ schaffen.<sup>71</sup> Zusätzliches Geld dürfe nicht dazu verwendet werden, um „mangelnde Reformbemühungen in den Mitgliedstaaten der Euro-Zone zuzukleistern“. Stattdessen fordert die FDP ein „geordnete[s] Insolvenzverfahren“ für Staaten der Eurozone, damit es „möglich sei, zur eigenen Währung zurückzukehren, ohne die Europäische Union als politische Gemeinschaft zu verlassen“.<sup>72</sup>

Zur Schaffung eines „Euro-Finanzministers“ hat sich die FDP-Fraktion im Bundestag nicht explizit positioniert. Da sie aber die mit diesem Amt verbundenen Reformvorschläge der Kommission (Vorsitz der Euro-Gruppe/EWF durch ein Mitglied der Kommission) in ihrem Antrag (siehe oben) ablehnt, kann daraus geschlossen werden, dass sie auch diese Initiative nicht befürwortet.

### DIE LINKE

DIE LINKE leitet ihre Kritik an den Vorschlägen der Kommission direkt aus ihrer ablehnenden Haltung gegenüber einer „unsolidarischen“ Euro-Rettungspolitik ab. Ein EWF

67 Boehringer, Februar 2018, S. 828 B/C.

68 Boehringer, Dezember 2017, S. 416 D.

69 Christian Dürr (FDP), in: Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 19/11 vom 1. Februar 2018, S. 823 B/C.

70 Dr. Florian Toncar (FDP), in: Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 19/5 vom 13. Dezember 2017, S. 412 D.

71 Ebenda.

72 Dürr, Februar 2018, S. 823 D.

würde die von der Troika verordnete unsoziale Kürzungspolitik nur fortsetzen, anstatt die volkswirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Euro-Ländern zu nivellieren.<sup>73</sup> Sinnvoll wäre ein EWF nur dann, „wenn er über eine Banklizenz verfügt und sich bei der EZB refinanzieren [könnte], um öffentliche Investitionen zu unterstützen“. Die geplante Aufgabe des EWF, im Notfall als Letztabsicherung bei Bankenabwicklungen einzuspringen, findet in der Linksfraktion ebenfalls keine Zustimmung. Schon der ESM habe nicht etwa „griechische Krankenschwestern“ oder „irische Rentner“ gerettet, sondern sei ein Instrument zur Bankenrettung gewesen.<sup>74</sup>

Das Eurozonen-Budget, mit dem zusätzliche Finanzmittel bereitgestellt werden sollen, um die Folgen asymmetrischer Schocks abzufedern, geht der Fraktion nicht weit genug. Vielmehr spricht DIE LINKE von einem „Taschengeld vom EWF“, wenn „Löhne und Renten brav gekürzt“ werden, womit vermutlich die von der Kommission vorgeschlagene finanzielle Unterstützung zur Umsetzung von Strukturreformen gemeint ist.<sup>75</sup> Stattdessen fordert die Fraktion ein „europaweites breitangelegtes öffentliches Investitionsprogramm“. Zudem müsste eine „sinnvolle Euro-Reform eine strenge Regulierung der Finanzmärkte“ einschließen.<sup>76</sup> Auch ein Euro-Finanzminister, der mutmaßlich „Kürzungs- und Deregulierungspakete erzwingt“, stößt in der Fraktion auf Ablehnung.<sup>77</sup>

### *Bündnis 90/Die Grünen*

Die Grünen-Fraktion hat, in Auseinandersetzung mit der kritischen Haltung der FDP, alle drei Initiativen der Kommission mit Nachdruck unterstützt. Besonders wichtig erscheint den Grünen eine parlamentarische Kontrolle des EWF entsprechend der Gemeinschaftsmethode: „Wir wollen das auf Basis des europäischen Rechts“.<sup>78</sup> Demgegenüber schlage die FDP weniger Transparenz, weniger parlamentarische Kontrolle, weniger europäische Demokratie vor. Die Grünen ließen es nicht zu, wenn versucht werde, „den Bundestag gegen das Europäische Parlament auszuspielen“, weil man für eine „Partnerschaft der Parlamente“ eintrete.<sup>79</sup> Auch „die Vollendung der Bankenunion mit einem Backstop ist wichtig“. Man müsse jetzt ein „historisches Zeitfenster“ nutzen, um den Euro krisenfest zu machen und Defizite zu beheben, und dabei könnte der EWF „eine wichtige Rolle spielen“.<sup>80</sup>

Das Eurozonen-Budget und insbesondere die Stabilisierungsfunktion findet in der Grünen-Fraktion ebenfalls breite Unterstützung, denn wie sonst „soll die Union wetterfest wer-

73 Vgl. Alexander Ulrich (DIE LINKE), in: Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 19/5 vom 13. Dezember 2017, S. 418 C.

74 Fabio De Masi (DIE LINKE), in: Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 19/27 vom 20. April 2018, S. 2539 D, 2540 A.

75 Fabio De Masi (DIE LINKE), in: Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 19/11 vom 1. Februar 2018, S. 830 B.

76 Ulrich, Dezember 2017, S. 418 C.

77 Ebenda, S. 418 B.

78 Dr. Gerhard Schick (Bündnis 90/Die Grünen), in: Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 19/5 vom 13. Dezember 2017, S. 420 A.

79 Dr. Franziska Brantner (Bündnis 90/Die Grünen), in: Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 19/11 vom 1. Februar 2018, S. 831 A/B.

80 Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen), in: Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 19/27 vom 20. April 2018, S. 2540 C.

den, wenn es nicht die Möglichkeit gibt, auf Schocks zu reagieren“.<sup>81</sup> Im Gegensatz zur FDP wolle man nicht „die gescheiterte Kaputtsparpolitik“ mit einem EWF fortsetzen, sondern „mit Macron und Juncker Europa weiterentwickeln“. Und dieses Ziel ließe sich am besten mit einem Euro-Finanzminister, der den Vorsitz in der Euro-Gruppe führt und zugleich Mitglied der Kommission ist, realisieren.<sup>82</sup>

### Zwischenfazit: Spaltung und Lagerbildung im deutschen Parteiensystem

Tabelle 1 fasst die Positionen der sechs Fraktionen zu den drei Initiativen zur Vertiefung der WWU, basierend auf den parlamentarischen Aktivitäten im Bundestag, zusammen. Dabei wurde unterschieden, ob die Fraktionen dem jeweiligen Kommissionsvorschlag komplett zustimmen (+ +), ob sie überwiegend zustimmen (+), ob sie ihn überwiegend ablehnen (-) oder ob sie ihn komplett ablehnen (- -). Sofern im Untersuchungszeitraum Positionsveränderungen aufgetreten sind, ist immer die letzte Position berücksichtigt worden.

**Tabelle 1: Parteipositionen zur Vertiefung der WWU im Bundestag**

	CDU/ CSU	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	Bündnis 90/ Grüne
<b>Europäischer Währungsfonds</b>	-	++	--	-	--	++
<b>Eurozonen-Budget</b>	+	++	--	--	--	++
<b>Euro-Finanzminister</b>	--	++	--	--	--	++

Quelle: eigene Darstellung.

Zunächst ist offensichtlich, dass das deutsche Parteiensystem in der Bewertung der Vorschläge zur Reform der WWU tief gespalten ist: Während SPD und Bündnis 90/Die Grünen alle drei Initiativen der Kommission vorbehaltlos unterstützen, werden sie von der AfD, der Linkspartei und auch der FDP nahezu vollständig abgelehnt. Die CDU/CSU unterscheidet in der Beurteilung der drei Vorschläge, während die anderen Parteien sie entweder im Paket gutheißen oder ablehnen. Die Koalitionsparteien (CDU/CSU und SPD) unterstützen die vorgeschlagenen Maßnahmen insgesamt stärker als die Oppositionsparteien; allerdings passen die Grünen nicht ins Bild, die die Kommissionsvorschläge aus der Opposition heraus befürworten. Zudem bestätigt sich, dass die beiden Oppositionsparteien ohne Regierungserfahrung und -perspektive (AfD und DIE LINKE) die Initiativen am stärksten ablehnen – wenn auch aus vollkommen unterschiedlichen ideologischen Hintergründen.

### Parteipositionen im Spannungsfeld zwischen Integrationsorientierung und Wirtschaftspolitik

Die CDU als selbsternannte „Europapartei“, die viele richtungsweisende Etappen des Integrationsprozesses in Regierungsverantwortung aktiv mitgestaltet hat, versteht sich nach

81 Schick, Dezember 2017, S. 419 D.

82 Kindler, April 2018, S. 2540 D, 2541 B.

wie vor als proeuropäische Kraft.<sup>83</sup> Auch die CSU wird von den meisten Experten als prinzipiell europafreundlich eingestuft, selbst wenn sie in der Europafrage einen stärkeren Fokus auf regionale Autonomie und das Subsidiaritätsprinzip legt als die Schwesterpartei.<sup>84</sup> Dementsprechend „wollen CDU und CSU ein starkes, selbstbewusstes und dynamisches Europa“, wie es im gemeinsamen Wahlprogramm 2017 heißt.<sup>85</sup> Insofern überrascht die zögerliche Haltung gegenüber einer Vertiefung der WWU auf den ersten Blick, lässt sich aber in Kombination mit der wirtschafts- und finanzpolitischen Programmatik der Unionsparteien gut nachvollziehen. Bekanntlich setzt die CDU/CSU im Rahmen des Paradigmas der sozialen Marktwirtschaft auf solide Staatsfinanzen, Haushaltskonsolidierung und eine moderate Senkung der Staatsquote.<sup>86</sup> Dieses „deutsche Modell“ haben die beiden Parteien inzwischen tief in ihren europapolitischen Agenden verankert: „Wir wollen die dauerhafte Stabilisierung der Euro-Zone erreichen. Maßstab muss dabei bleiben: Eine Vergemeinschaftung von Schulden schließen wir weiter aus.“<sup>87</sup> Diesen Interessenkonflikt zwischen mehr europäischer Integration und nachhaltiger Fiskalpolitik versucht die Fraktion aufzulösen, indem sie die Vorschläge der Kommission nur insoweit unterstützt, wie sie konsolidierend auf andere Mitgliedstaaten der Eurozone wirken, ohne sich aber einer Vertiefung der WWU komplett zu verschließen – sicher nicht zuletzt aus Rücksicht auf die Interessen Frankreichs. Insofern stellen die Positionen der CDU/CSU einen Kompromiss zwischen den generellen europapolitischen Leitlinien und den (nationalen) wirtschafts- und finanzpolitischen Überzeugungen der beiden Parteien dar.

Die SPD kann schon allein deswegen als proeuropäisch eingestuft werden, weil sie trotz großer Widerstände an dem Ziel einer vertieften Integration im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik festhält, um die negativen Konsequenzen der vier Grundfreiheiten im Binnenmarkt für die Aufrechterhaltung sozialstaatlicher Leistungen zu kompensieren.<sup>88</sup> Im Programm zur Bundestagswahl 2017 fordert die Partei „eine europäische Sozialunion, die ihre Politik an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet, soziale Mindeststandards sichert und Lohn- und Sozialdumping wirksam unterbindet.“<sup>89</sup> Auch im nationalen Kontext setzt sich die SPD für eine steuerliche Entlastung von Arbeitnehmern und Geringverdie-

83 Vgl. Hanns Jürgen Küsters (Hrsg.): Deutsche Europapolitik Christlicher Demokraten. Von Konrad Adenauer bis Angela Merkel (1945-2013), Düsseldorf 2014; Frank Wendler: Die Europapolitik der zweiten Regierung Merkel. Zwei Betrachtungen zur transformativen Wirkung der Krise, in: Reimut Zohlnhöfer/Thomas Saalfeld (Hrsg.): Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009-2013, Wiesbaden 2015, S. 581ff.; Niedermayer: Deutsche Parteien und Europa, 2016.

84 Vgl. Martina Schöfbeck: Eine Bastion konservativer Grundideen? Die programmatischen Entwicklungslinien der CSU-Europapolitik, in: Gerhard Hopp/Martin Sebaldt/Benjamin Zeitler (Hrsg.): Die CSU. Strukturwandel, Modernisierung und Herausforderungen einer Volkspartei, Wiesbaden 2010, S. 219ff.; Michael Weigl: Die CSU. Akteure, Entscheidungsprozesse und Inhalte einer Partei am Scheideweg, Baden-Baden 2013; Niedermayer attestiert der CSU eine „weiche Form des Euroskeptizismus“. Vgl. Niedermayer: Deutsche Parteien und Europa, 2016, S. 183f.

85 CDU/CSU: Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Regierungsprogramm 2017-2021, S. 57.

86 Vgl. ebenda, S. 31ff.

87 Ebenda, S. 57; vgl. dazu auch Henrik Enderlein/Katharina Gnath/Jörg Haas: Deutschland und die Stabilität der Wirtschafts- und Währungsunion, in: Katrin Böttger/Mathias Jopp (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Europapolitik, Baden-Baden 2016, S. 247ff.

88 Vgl. Christian Krell: Sozialdemokratie und Europa. Die Europapolitik von SPD, Labour Party und Parti Socialiste, Wiesbaden 2009; Andreas Wimmel/Erica E. Edwards: The Return of 'Social Europe': Ideas and Positions of German Parties towards the Future of European Integration, in: German Politics 2/2011, S. 293ff.; Niedermayer: Deutsche Parteien und Europa, 2016, S. 184.

89 SPD: Zeit für mehr Gerechtigkeit. Unser Regierungsprogramm für Deutschland, S. 96f.

nern, für die Einführung einer „Reichensteuer“ sowie für Mehrausgaben im sozial- und bildungspolitischen Bereich ein.<sup>90</sup> Die Vorschläge der Kommission zur Vertiefung der WWU harmonisieren also sowohl mit der grundsätzlich proeuropäischen Einstellung der SPD als auch mit ihrer nachfrageorientierten Wirtschafts- und moderat expansiven Fiskalpolitik, sodass die Parteiführung bei der Positionierung nicht zwischen der einen oder anderen Dimension abwägen musste.

Die AfD kann durchaus als hart euroskeptische Partei bezeichnet werden, die zwar den gemeinsamen Binnenmarkt erhalten möchte, aber weitere politische Integrationsschritte ablehnt und teilweise einen institutionellen Rückbau fordert.<sup>91</sup> So strebt die AfD in ihrem Programm zur Bundestagswahl 2017 danach, die Europäische Union in einen „Staatenbund souveräner Staaten“ zurückzuführen, und betrachtet die Währungsunion als gescheitert, nachdem Griechenland nur durch die Gewährung von Finanzhilfen im Euro gehalten werden konnte: „Deshalb muss Deutschland die Transferunion aufkündigen und den Euroraum verlassen.“<sup>92</sup> Daneben verfolgt die AfD in der nationalen Politik immer noch eine überwiegend wirtschaftsliberale Programmatik, auch wenn sie gleichzeitig sozialstaatliche Fürsorge, beispielsweise durch eine verlängerte Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I, ausbauen will.<sup>93</sup> Die harsche Ablehnung der Vorschläge zur Vertiefung der WWU steht demnach im Einklang mit dem generellen Euroskeptizismus der Partei und entspricht mit minimalen Abstrichen auch ihrer wirtschafts- und finanzpolitischen Agenda.

Die FDP hat als langjährige Regierungspartei maßgeblich am Aufbau der Europäischen Union mitgewirkt und wird in der Fachliteratur eindeutig dem proeuropäischen Lager zugeordnet.<sup>94</sup> Die Liberalen bezeichnen sich im Wahlprogramm 2017 selbst als „überzeugte Europäer“ und unterstützen zum Beispiel die Aufwertung des Europäischen Parlaments zu einem „Vollparlament mit Initiativrecht“.<sup>95</sup> In der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik verfolgt die Partei eine marktliberale und fiskalpolitisch restriktive Agenda, indem sie etwa unternehmerische Freiräume stärken will und dem Schuldenabbau eine hohe Priorität zuweist.<sup>96</sup> Diese Linie überträgt die FDP unmittelbar auf die europäische Ebene, wenn sie „automatische Sanktionen“ bei der Nichteinhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts fordert und ein „Verfahren für geordnete Staatsinsolvenzen in der Eurozone“ schaffen will, um einen geregelten Austritt aus der Eurozone zu ermöglichen.<sup>97</sup> Die ablehnende

90 Ebenda, S. 39ff.

91 Vgl. Marcel Lewandowsky: Die Verteidigung der Nation. Außen- und europapolitische Positionen der AfD im Spiegel des Rechtspopulismus, in: Alexander Häusler (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2016, S. 39ff.; Simon Franzmann: Von der Euro-Opposition zur Kosmopolitismus-Opposition. Der Fall der deutschen AfD, in: Lisa Anders/Henrik Scheller/Thomas Tuntschew (Hrsg.): Parteien und die Politisierung der Europäischen Union, Wiesbaden 2018, S. 365ff.; Niedermayer: Deutsche Parteien und Europa, 2016.

92 AfD: Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, S. 7, 14.

93 Vgl. ebenda, S. 50ff.; siehe dazu auch Joel Rosenfelder: Die Programmatik der AfD: Inwiefern hat sie sich von einer primär euroskeptischen zu einer rechtspopulistischen Partei entwickelt?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2017, S. 123ff.

94 Vgl. Andreas Moring: Liberale Europapolitik 1949-1989. Die Europapolitik der FDP zwischen 1949 und 1989, Frankfurt am Main 2014; Niedermayer: Deutsche Parteien und Europa, 2016; ausführlich Jan Treibel: Die FDP. Prozesse innerparteilicher Führung 2000-2012, Baden-Baden 2014.

95 FDP: Denken wir neu. Das Programm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2017: „Schauen wir nicht länger zu.“, S. 108f.

96 Vgl. ebenda, S. 126ff.

97 Ebenda, S. 124ff.

Position der FDP-Fraktion gegenüber den Vorschlägen der Kommission lässt sich also nicht aus ihrer übergeordneten Einstellung zur europäischen Integration herleiten, sondern liegt dezidiert in den ordoliberalen Grundprinzipien der Partei begründet.

DIE LINKE verschließt sich insofern einer objektiven Einordnung zwischen proeuropäisch und euroskeptisch, als sie zwar der ursprünglichen Idee der europäischen Integration als Friedensprojekt wohlwollend gegenübersteht, aber im Binnenmarkt und auch in der Währungsunion eine Triebfeder für Standortwettbewerb, Lohndumping und den Abbau sozialer Leistungen in den EU-Mitgliedsländern sieht.<sup>98</sup> Dementsprechend will DIE LINKE einen kompletten Neustart, um die „europäische Idee von sozialer Gerechtigkeit, Humanismus und internationaler Solidarität vor ihrer Zerstörung durch die neoliberale Politik der EU“ zu bewahren.<sup>99</sup> Im nationalen Kontext verfolgt DIE LINKE eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die auf staatliche Regulierung und soziale Umverteilung von oben nach unten abzielt: Durch eine (höhere) Besteuerung von multinationalen Unternehmen, Finanztransaktionen, Erbschaften und Vermögen sollen ein groß angelegtes Investitionsprogramm und eine bedingungslose Mindestsicherung gegenfinanziert werden; zudem fordert die Partei eine Erhöhung des Mindestlohns, eine wirksame Mietpreisbremse und mehr öffentliche Beschäftigung.<sup>100</sup> Obwohl die Kommission mit ihren Vorschlägen beabsichtigt, makroökonomische Ungleichgewichte in der Eurozone durch wirtschaftspolitische Koordinierung und mehr öffentliche Investitionen zumindest abzuschwächen, ändern die Initiativen nichts an der Grundstruktur der WWU und den Bedingungen für die Gewährung von Finanzhilfen, selbst wenn sie vollständig umgesetzt werden sollten. Insofern lässt sich die Ablehnung der Linkspartei zuallererst mit ihrer Kritik an kapitalistisch organisierten Wirtschaftssystemen erklären, die wiederum ursächlich ist für die skeptische Haltung gegenüber einer Europäischen Union, die auf marktliberalen Prinzipien aufgebaut ist.

Bündnis 90/Die Grünen haben sich spätestens seit der Bildung der rot-grünen Koalition im Bund 1998 zu einer durch und durch proeuropäischen Partei entwickelt, die eine institutionelle und politische Vertiefung der Europäischen Union vor allem im sozial-, umwelt- und außenpolitischen Bereich anstrebt.<sup>101</sup> Im Wahlprogramm 2017 definiert sich die Partei als „die politische Kraft, die Europa gegen den Rechtsnationalismus verteidigt und weiter den Weg der europäischen Integration geht“.<sup>102</sup> Im nationalen Kontext verfolgen Bündnis 90/Die Grünen ähnlich wie die SPD eine linksgerichtete Wirtschafts- und Sozialpolitik, die auf marktwirtschaftliche Regulierung und sozialen Ausgleich abzielt, etwa indem sie die Einführung einer „Vermögenssteuer für Superreiche“ und eine „Bürger\*innenversicherung im Gesundheits- und Pflegesystem“ fordern, ohne jedoch wie DIE LINKE das Prinzip der freien Marktwirtschaft grundsätzlich infrage zu stellen.<sup>103</sup> Insofern passen die Vorschläge

98 Vgl. Niedermayer: Deutsche Parteien und Europa, 2016, S. 177f.; ausführlich Torsten Oppeland/Hendrik Träger: Die Linke. Willensbildung in einer ideologisch zerstrittenen Partei, Baden-Baden 2014.

99 DIE LINKE: Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle. Die Zukunft, für die wir kämpfen! Langfassung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2017, S. 102f.

100 Vgl. ebenda, S. 13ff.

101 Vgl. Dorothea Lamatsch: Deutsche Europapolitik der Regierung Schröder 1998-2002. Von den strategischen Hügeln zur Mühsal der Ebene, Hamburg 2004; Sebastian Bukow: The Green Party in Germany, in: Emilie van Haute (Hrsg.): Green Parties in Europe, London 2016, S. 112ff.; Niedermayer: Deutsche Parteien und Europa, 2016.

102 Bündnis 90/Die Grünen: Zukunft wird aus Mut gemacht. Bundestagswahlprogramm 2017, S. 68.

103 Ebenda, S. 196, 207.

der Kommission zur Vertiefung der WWU perfekt zum integrations- und wirtschaftspolitischen Kompass der Grünen, sodass die Partei keine programmatischen Konflikte austragen musste.

### Fazit: Konflikt in der Wirtschaftspolitik als Antriebsfeder für EU-Politisierung

Das deutsche Parteiensystem war jahrzehntelang durch einen stabilen proeuropäischen Basiskonsens gekennzeichnet, der allerdings schon bei Beschlüssen zur Bewältigung der Finanz- und Staatsschuldenkrise in der Eurozone auf eine harte Belastungsprobe gestellt wurde.<sup>104</sup> Nach dem Einzug der AfD in den Bundestag scheint sich diese neue Konfliktlinie nun weiter verstetigt zu haben, zumal auch andere Parteien wie die CSU und die FDP in jüngster Zeit euroskeptischere Töne anschlagen. Ein erster Beleg sind die Positionierungen der im Bundestag vertretenen Parteien zu den Vorschlägen der Europäischen Kommission zur Vertiefung der WWU. Während die CDU/CSU-Fraktion die Initiativen nur teilweise und eingeschränkt mitträgt, werden sie von SPD und Grünen nachdrücklich unterstützt, aber von der AfD, der Linkspartei und auch der FDP abgelehnt.

Vor diesem Hintergrund ist dieser Beitrag der Frage nachgegangen, inwieweit sich diese Positionsunterschiede mit allgemeinen Einstellungsmustern zur europäischen Integration und/oder zur (nationalen) Wirtschafts- und Finanzpolitik erklären lassen und welche der beiden Dimensionen im Konfliktfall den Ausschlag gibt. Die Ergebnisse zeigen, dass die Positionen von SPD, Grünen und AfD sowohl mit ihren integrationspolitischen als auch mit ihren wirtschaftspolitischen Einstellungen im Einklang stehen. Im Fall von CDU/CSU, FDP und auch der Linkspartei lassen sich die Vorschläge der Kommission jedoch nur entweder mit ihrer generellen Haltung zur europäischen Integration oder mit ihren wirtschaftspolitischen Leitlinien zusammenbringen, sodass die Fraktionen eine Abwägung vornehmen mussten, welcher Dimension sie eine größere Bedeutung beimessen.

In dieser Situation hat allein die CDU/CSU versucht, einen Kompromiss zwischen proeuropäischer Integrationsorientierung und dem fiskalpolitischen Mantra einer Stabilitätsunion zu finden, indem sie zumindest eine der Initiativen überwiegend unterstützt (Eurozonen-Budget), während sie die anderen überwiegend (EWF) oder komplett (Euro-Finanzminister) ablehnt. Demgegenüber hat sich die FDP einer Vertiefung der WWU im Sinne der Kommission nahezu komplett verweigert und damit ihre proeuropäische Grundhaltung einer restriktiven Fiskalpolitik untergeordnet, die einen wesentlichen Bestandteil liberaler Wirtschafts- und Finanzpolitik ausmacht. DIE LINKE steht einem kosmopolitischen Modell europäischer Integration grundsätzlich positiv gegenüber, aber lehnt die Vorschläge der Kommission ab, weil sie keinen echten Kurswechsel in einer auf Austerität abzielenden Wirtschafts- und Finanzpolitik der Europäischen Union erkennen kann.

Insgesamt stimmen die Positionen der deutschen Parteien zu den Vorschlägen der Kommission nahezu vollständig mit ihren (nationalen) wirtschafts- und finanzpolitischen Leitbildern überein, während die Integrationsdimension im Konfliktfall als zweitrangig ange-

104 Vgl. Andreas Wimmel: Deutsche Parteien in der Euro-Krise: Das Ende des Konsensprinzips?, in: *integration* 1/2012, S. 19ff.; Timm Beichelt: Auf dem Wege zur europäischen Gewaltenschränkung: der Deutsche Bundestag während der Eurozonenkrise, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 4/2015, S. 778ff.; Arndt Wonka/Sascha Göbel: Parliamentary scrutiny and partisan conflict in the Euro crisis. The case of the German Bundestag, in: *Comparative European Politics* 2/2016, S. 215ff.

sehen wird. Parteien, die dem wirtschaftsliberalen Lager zugeordnet werden können, lehnen die Initiativen überwiegend (CDU/CSU) oder komplett (FDP, AfD) ab, während diese unter Parteien aus dem linken Lager entweder breite Unterstützung finden (SPD, Grüne) oder nur deswegen zurückgewiesen werden, weil sie in ihrem Bestreben, makroökonomische Ungleichgewichte in der Eurozone abzubauen, nicht weit genug gehen (DIE LINKE). Dieses Beispiel verdeutlicht, wie sehr Aspekte der europäischen Integration inzwischen im Kontext nationaler Parteipolitik behandelt werden. Die klassische Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit ist zu einer Antriebsfeder für die Politisierung der Europäischen Union geworden. Eine Rückkehr zum Grundkonsens in der deutschen Europapolitik ist somit äußerst unwahrscheinlich, weil die ideologisch-programmatischen Gegensätze in der wirtschaftspolitischen Dimension ein wesentlicher Bestandteil des Parteienwettbewerbs bleiben werden.